

Kalte Strukturbereinigung - Yvonne Magwas zur Krankenhausreform

Überlastung des Personals, Investitionsstau und akute Finanznöte sind Alltag in vielen Kliniken. Daher besteht grundsätzlich Einigkeit, dass gesundheitspolitischer Reformbedarf besteht. Auf Basis von Vorschlägen der „Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung“ kündigte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach Ende 2022 „eine Revolution“ für die Krankenhäuser an - mit negativen Folgen insbesondere für die Versorgungslage im ländlichen Raum. Auch die Krankenhausstruktur in unserem Vogtland wäre betroffen. Deshalb wendet sich Vizepräsidentin Yvonne Magwas mit einem Schreiben an den Gesundheitsminister.

Was sieht die Krankenhausreform vor?

Der Ansatz von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach zielt auf eine grundsätzliche **Neueinteilung der Krankenhauslandschaft in verschiedene Level** (Level 1: „Grundversorgung“, Level 2: „Regel- und Schwerpunktversorgung“, Level 3: „Maximalversorgung“). Je nach Level hätte das Krankenhaus bestimmte medizinische Leistungen bereitstellen müssen; medizinische Leistungen über das Krankenhaus-Level hinaus wären in der Regel faktisch entfallen. Dieses Modell und die damit einhergehende Änderung in der Finanzierung stießen jedoch in der Öffentlichkeit und im Länderkreis parteiübergreifend auf starke Ablehnung. **Insbesondere kritisierten die Länder einen zu tiefen Eingriff in ihre Planungshoheit.** Außerdem würde **medizinischer Spezialisierung und regionalen Unterschieden nicht Rechnung getragen.** Nach Untersuchungen der Deutschen Krankenhausgesellschaft hätten 50 % der Patienten sich bei künftigen Behandlungen in ein anderes Krankenhaus umorientieren müssen, da die notwendige medizinische Leistung nicht mehr am bisherigen Krankenhaus erbracht werden würde. Entsprechend müsste auch die Krankenhausinfrastruktur angepasst werden und Krankenhauspersonal den Arbeitsplatz wechseln. Auch die **vorhandenen Strukturen im Vogtland wären betroffen.** So besteht derzeit die Befürchtung, dass das kreiseigene Klinikum Obergöltzsch in Rodewisch auf Level 1 herabgestuft wird und Kompetenzen an das Helios Vogtland-Klinikum Plauen abgegeben werden müssen. Der Vogtlandkreis arbeitet daran, dass Obergöltzsch im Bedarfsfall Level 2 erreicht.

Welche Lösungsansätze bietet die Union an?

Angesichts der Probleme im Gesundheitswesen ist eine Krankenhausreform notwendig. Dazu wollen wir die **Krankenhausstrukturen zukunftsfest und bedarfsgerecht weiterentwickeln.** Wir werden insbe-

sondere weiter darauf achten, dass Qualität und Sicherung der Versorgung in den Mittelpunkt einer Reform gerückt werden. Hierzu gehört vor allem ein klares Bekenntnis zu Leistungsgruppen mit realistischen Qualitätsanforderungen sowie eine gute Grund- und Notfallversorgung – auch im ländlichen Raum wie das Vogtland. Das Prinzip der Leistungsgruppen stellt konkrete Qualitätsanforderungen an die medizinische Versorgung, anstatt den Versuch einer starren Einteilung von Krankenhäusern in einzelne „Level“ vorzunehmen. **Gelingen kann die Reform aber nur mit der notwendigen Übergangsfinanzierung und dem erforderlichen, gut ausgebildeten Personal.** Hier braucht es massive Anstrengungen – insbesondere zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur Personalgewinnung. Neben Berufseinsteiger- und Rückkehrprogrammen braucht es ergänzend auch insbesondere erleichterte Beschäftigungsmöglichkeiten für ausländische Pflegekräfte. In diesem Zusammenhang gilt es auch das Personal von unnötiger Bürokratie zu entlasten, so dass die Mitarbeitenden wieder mehr Zeit für ihre eigentlichen medizinischen Kernaufgaben haben. **Krankenhausplanung muss Ländersache bleiben und regionale Besonderheiten angemessen berücksichtigen.**

Wie geht es weiter?

Aufgrund der Kritik an den Vorschlägen des Bundesgesundheitsministers laufen seit Anfang 2023 Gespräche zwischen Bund und den Ländern. Das nächste Gespräch findet heute statt. Gemeinsam sollen Eckpunkte erarbeitet werden, die in den Gesetzesentwurf einfließen sollen. Dieser soll über den Sommer erarbeitet werden, für Herbst ist die Debatte im Deutschen Bundestag geplant. Laut dem Bundesgesundheitsminister könne dann die Reform im Januar 2024 greifen. **Aufgrund der befürchteten Konsequenzen für das Vogtland wird sich Yvonne Magwas mit einem Appell an den Gesundheitsminister wenden.**